



6. Sitzung

Mittwoch, 18. Mai 2011

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung, Änderung und Ergänzung der **Tagesordnung** 323

Dr. Dorothee Stapelfeldt, Zweite
Bürgermeisterin 329
Jens Kerstan GAL 331
Dr. Christel Oldenburg SPD 332
Dietrich Wersich CDU 333
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 335
Katharina Fegebank GAL 335
Dr. Andreas Dressel SPD 336
Andreas C. Wankum CDU 337
Anja Hajduk GAL 339

Aktuelle Stunde 323

Fraktion der GAL:

Sparhammer an den Unis – der Senat verspielt Hamburgs Zukunft

mit

Fraktion DIE LINKE:

Hamburgs Verantwortung: Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherheitsverwahrung ohne Wenn und Aber umsetzen!

(Fortführung am 19.05.2011)

Fraktion der FDP:

Spart der Senat den Wissenschaftsstandort Hamburg kaputt?

und

Fraktion der SPD:

Vertrag für Hamburg: Meilenstein für mehr Wohnungsbau

(Fortführung am 19.05.2011)

Fraktion der CDU:

Das moderne Hamburg der SPD – Wissenschaft und Hochschulbildung auf dem Abstellgleis

Dr. Eva Gümbel GAL 323, 325
Philipp-Sebastian Kühn SPD 324
Thilo Kleibauer CDU 325
Dora Heyenn DIE LINKE 327, 338
Katja Suding FDP 328, 334

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von neun Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern für die Kommission für Stadtentwicklung		Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz	
– Drs 20/19 –	341	– Drs 20/479 –	341
und		und	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union		Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung	
– Drs 20/388 –	341	– Drs 20/481 –	341
und		und	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas		Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung	
– Drs 20/389 –	341	– Drs 20/520 –	341
und		Ergebnisse	341
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Justiz und Gleichstellung		Wahl von fünf ordentlichen Mitgliedern und zehn stellvertretenden Mitgliedern für die Härtefallkommission	
– Drs 20/258 –	341	– Drs 20/17 –	341
und		und	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz		Wahl eines Mitglieds und zweier stellvertretender Mitglieder für die Härtefallkommission	
– Drs 20/263 –	341	– Drs 20/390 –	341
und		Beschlüsse	342
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Wahl von 15 Deputierten der Finanzbehörde		Hamburger Hafen für Atomtransporte sperren!	
– Drs 20/267 –	341	– Drs 20/383 –	342
und		Dora Heyenn DIE LINKE	342
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Dr. Monika Schaal SPD	343
		Birgit Stöver CDU	344
		Jens Kerstan GAL	345
		Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	346
		Norbert Hackbusch DIE LINKE	347

Beschluss 348

Antrag der SPD-Fraktion:

Hamburg muss vorangehen: endlich Kinderrechte in das Grundgesetz aufnehmen!

– Drs 20/420 – 348

Dr. Melanie Leonhard SPD 348
 Christoph de Vries CDU 349
 Christiane Blömeke GAL 350, 355
 Finn-Ole Ritter FDP 352
 Mehmet Yildiz DIE LINKE 352
 Detlef Scheele, Senator 353

Beschluss 355

Antrag der CDU-Fraktion:

Zukunftsfähigkeit des Luftfahrt- und Industriestandortes Hamburg absichern: Nachhaltige Ausrichtung der Verkehrsinfrastruktur am Luftfahrtsstandort Finkenwerder herstellen

– Drs 20/416 – 355

dazu

Antrag der SPD-Fraktion:

Umgehungsstraße Finkenwerder – Versäumnisse der CDU-Senate beseitigen!

– Drs 20/535 – 355

Heiko Hecht CDU 356
 Jan-Hinrich Fock SPD 356
 Dr. Till Steffen GAL 358
 Dr. Wieland Schinnenburg FDP 358
 Heike Sudmann DIE LINKE 359

Beschluss 360

Antrag der SPD-Fraktion:

Genossenschaftliches Wohnen trotz Überschuldung sichern

– Drs 20/419 – 360

Uwe Lohmann SPD 360
 Katharina Wolff CDU 361
 Katharina Fegebank GAL 362
 Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP 362
 Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 363

Beschluss 363

Antrag der CDU-Fraktion:

Mehr Wohnungen für Hamburg!

Hier: "Mitte Altona"

– Drs 20/418 – 363

Hans-Detlef Rook CDU 363, 369
 Andy Grote SPD 364, 369
 Olaf Duge GAL 366, 370
 Dr. Kurt Duwe FDP 367
 Heike Sudmann DIE LINKE 367, 370
 Jutta Blankau, Senatorin 368
 Gabi Dobusch SPD 368

Beschlüsse 371

Antrag der GAL-Fraktion:

Flächendeckende Parkraumbewirtschaftung nach "Berliner Modell" einführen

– Drs 20/405 – 371

dazu

Antrag der SPD-Fraktion:

Gerechte und effektive Parkraumbewirtschaftung ermöglichen, schadstoffarme Autos bevorzugen

– Drs 20/524 – 371

Dr. Till Steffen GAL 371, 378
 Martina Koeppen SPD 373
 Klaus-Peter Hesse CDU 374
 Dr. Wieland Schinnenburg FDP 375
 Heike Sudmann DIE LINKE 376
 Frank Horch, Senator 377

Beschlüsse 379

Antrag der FDP-Fraktion:

Alternative Wohnformen auf rechtsstaatlicher Grundlage ermöglichen – Änderung des Wohnwagengesetzes

– Drs 20/411 – 379

dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Alternative Wohnformen ermöglichen – Änderung des Wohnwagengesetzes

– Drs 20/527 – 379

und

Antrag der CDU-Fraktion:

Wohnen in Wohnwagen, Änderung des Hamburgischen Wohnwagengesetzes

– Drs 20/528 – 379

sowie

Antrag der GAL-Fraktion:

Alternative Wohnformen auf rechtstaatlicher Grundlage ermöglichen

– Drs 20/529 – 379

Finn-Ole Ritter FDP 379

Andy Grote SPD 380, 384,

387

Jörg Hamann CDU 381

Antje Möller GAL 382, 386

Christiane Schneider DIE LINKE 383, 387

Katja Suding FDP 384

Beschlüsse 387

(Dr. Till Steffen)

derung von künftigen Verkehrsproblemen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Danke schön. – Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/405 und 20/524 an den Verkehrsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen, zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 20/524. Diesen möchte die FDP-Fraktion zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte die Ziffer 1 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 angenommen.

Wer möchte sich der Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 2 angenommen.

Wer möchte der Ziffer 3 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 3 angenommen.

Wer möchte die Ziffer 4 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 4 angenommen.

Nun zum Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 20/405.

Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 22, Drucksache 20/411, Antrag der FDP-Fraktion: Alternative Wohnformen auf rechtsstaatlicher Grundlage ermöglichen – Änderung des Wohnungsgesetzes.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Alternative Wohnformen auf rechtsstaatlicher Grundlage ermöglichen – Änderung des Wohnungsgesetzes
– Drs 20/411 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/527, 20/528 und 20/529 Anträge der Fraktionen DIE LINKE, der CDU sowie der GAL vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Alternative Wohnformen ermöglichen – Änderung des Wohnungsgesetzes
– Drs 20/527 –]**

[Antrag der CDU-Fraktion:

**Wohnen in Wohnwagen, Änderung des Hamburgischen Wohnungsgesetzes
– Drs 20/528 –]**

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Alternative Wohnformen auf rechtsstaatlicher Grundlage ermöglichen
– Drs 20/529 –]**

Die CDU-Fraktion möchte alle vier Drucksachen an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Ritter hat das Wort und ich bitte das Plenum um Aufmerksamkeit.

Finn-Ole Ritter FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Freiheit des einen endet da, wo die Freiheit des anderen beginnt. In einem modernen Rechtsstaat beinhaltet die Freiheit der einen, aber auch die der anderen, den nötigen Schutz zu erfahren. Das heißt konkret, dass es möglich sein muss, ohne staatliche Gängelung einem individuellen Lebensmodell zu folgen. Dazu gehört aus unserer Sicht auch ein Recht auf die freie Wahl der Wohnform.

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Ritter, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbrechen muss. Ich bitte, die Gespräche draußen auf dem Flur zu führen, aber nicht hier im Raum.

(*Christiane Schneider* DIE LINKE: Oder hier zuzuhören!)

Fahren Sie bitte fort.

Finn-Ole Ritter (fortfahrend): – Genau, man kann mir auch zuhören. Danke, Frau Schneider.

Meine Damen und Herren! Wir sind in Hamburg auf diesem Gebiet nicht auf der Höhe der Zeit. Das hamburgische Wohnungsgesetz ist eine Hamburgensie mit Seltenheitswert. Eine inkonsequente Gesetzesänderung durch Rot-Grün Ende der Neunzigerjahre machte Bauwagenplätze möglich, erklärte sie aber gleichzeitig zum Auslaufmodell. Das Ergebnis war eine Aushöhlung des Rechtsstaats durch immer wieder verlängerte Duldungen, und das über ein Jahrzehnt. Dabei muss doch gelten: Wenn ein Rechtsstaat sich selbst nicht ernst nimmt, bekommt er bei seinen Bürgern ein Akzeptanzproblem.

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Bei den Bürgerinnen nicht?)

– Natürlich, Frau Sudmann, bei den Bürgerinnen auch.

Und dann wird der Rechtsstaat auch an anderer Stelle nicht mehr ernst genommen. Um dem entgegen-

(Finn-Ole Ritter)

genzuwirken, war eine Räumung des Bambule-Platzes in der Vergangenheit unausweichlich. Es hatte sich bereits eine Dunkelgrau-Zone entwickelt, vor allem im Hinblick auf Umweltschutz und Entsorgungsfragen, eine Folge von fehlender rechtlicher Sicherheit. Auch um Ordnung bemühte Betreiber sind ohne diese Sicherheit in einer andauernd schwierigen Lage. Die Verwaltung wird durch Befristungen und Duldung dauerhaft belastet, der Willkür von Behörden werden Tür und Tor geöffnet. Schon 2003 haben wir als FDP beschlossen, dort anzusetzen, wo die eigentlichen Probleme liegen, nämlich bei der inkonsequenten Rechtslage und der dahinter stehenden Unsitte, die Bürger zu gängeln. Wir meinten in den Debattenbeiträgen der vorletzten Sitzung dieses Hauses, Ansätze für mehr Toleranz erkennen zu können. Bei der großen Fraktion und bei der nicht mehr ganz so großen Fraktion

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Was?)

konnten wir dieses nicht mehr finden.

Zum Zusatzantrag der LINKEN ist zu sagen, dass die völlig unregelmäßige Freigabe auch auf Privatgrund von uns abgelehnt wird. Entsprechende Wohnformen würden so im großstädtischen Ballungsraum zu vielfältigen Nutzungskonflikten eskalieren. Bauwagenbewohner würden gegenüber herkömmlichen Wohnraumnutzern baurechtlich privilegiert werden. Schon das Märchen vom Fischer und seine Frau zeigt, wer zu viel will, bekommt am Ende gar nichts. Eine Ausweitung unseres Antrags ist gewiss für die Durchsetzbarkeit nicht förderlich, denn im Ergebnis soll etwas für die Bauwagenbewohner erreicht werden, Frau Möller.

Die GAL möchte heute einen Beschluss aus der vorletzten Sitzung duplizieren, das ist auch nicht schlecht. Wo soll da der Sinn sein? Zumindest wir finden diesen Beschluss immer noch falsch. Es kann nicht angehen, dass der Gesetzgeber die Regierung auffordert, gefälligst seine Gesetze zu misachten. Sie machen den Rechtsstaat so zur Farce, aber das geht nicht mit uns.

(Beifall bei der FDP)

Es ist bizarr, wenn Sie jetzt vom Senat einen Gesetzentwurf verlangen, den Sie in drei Jahren Regierung nicht auf die Reihe bekommen haben. Wir bitten alle Abgeordneten, bei der Aufhellung dieser Dunkelgrau-Zone zu helfen und endlich mit unserem Antrag eine sachgerechte Lösung anzustreben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Danke schön. – Der Abgeordnete Grote bekommt das Wort.

Andy Grote SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ritter, die FDP möchte das

Wohnwagengesetz ändern und möchte Wohnwagenplätze als Regelwohnform einführen. Warum eigentlich? Sie haben versucht, dies ein bisschen deutlich zu machen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Warum eigentlich nicht?)

– Dazu komme ich gleich.

Ich fand, dass diese Darlegung ein wenig im Abstrakten geblieben ist, und mir ist nicht ganz klar geworden, ob Sie ein wirklich bestehendes Problem ansprechen,

(Heike Sudmann DIE LINKE: Offensichtlich!)

ein Problem, das real seit Jahren in Hamburg existiert und das sich seit 1999 ergeben hat. Wir kennen alle den aktuellen Anlass, die Bauwagengruppe Zomia braucht einen geeigneten Platz. Die meisten von uns haben wohl ein Interesse daran, einen solchen Platz zu finden, aber brauchen wir dafür ein neues Gesetz?

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ja!)

– Nein, das brauchen wir nicht.

Jeder weiß, dass dies eine hochbrisante und hochsensible Materie ist, die wir mit rot-grüner Mehrheit 1999 sehr intensiv diskutiert und dann auf eine neue Grundlage gestellt haben. Das ist sehr umfassend und sorgfältig debattiert worden. Das neue Wohnwagengesetz – da bin ich anderer Auffassung als Sie –, das wir 1999 bekommen haben, hat sich im Grunde bewährt, denn es hat als Grundlage für die fünf bestehenden Bauwagenplätze, die es in Hamburg gibt, funktioniert. Niemand stellt diese Plätze heute infrage. Das Gesetz würde auch als Grundlage für einen sechsten Platz funktionieren, wenn wir einen geeigneten Ort finden. Das ist keine Frage der gesetzlichen Grundlage oder nur nachgeordnet, es ist eine politische Aufgabe für uns alle. Die GAL hat das beim letzten Mal zutreffend beschrieben und gesagt, dass wir eine politische Lösung bräuchten; das ist richtig. Es geht bei dem Thema Bauwagenplätze in aller Regel um eine sehr sorgfältig zu suchende, klug zu suchende und zu verhandelnde politische Lösung. Das brauchen wir und daran arbeiten wir mit Hochdruck. So, wie es aussieht, werden wir auch erfolgreich sein. Ich hoffe es jedenfalls sehr. Sollten wir nicht erfolgreich sein, wird das Wohnwagengesetz jedenfalls nicht der Grund sein.

Das rot-grüne Gesetz, auf dessen Grundlage wir jetzt arbeiten, bringt die schwierige Balance, mit der wir es zu tun haben, in ein vernünftiges Gleichgewicht, nämlich Wohnwagenplätze als alternative Wohnform nicht auszuschließen, sondern einen Spielraum zu geben. Aber es soll nicht als Regelwohnform flächendeckend in Hamburg etabliert werden. Man muss in jedem Einzelfall schauen und nach einer interessengerechten Lösung suchen. Das hat in den letzten zwölf Jahren im We-

(Andy Grote)

sentlichen funktioniert, wir halten das auch weiterhin für richtig. Ich habe in den letzten Jahren von niemandem einen wirklich intensiven Änderungsbedarf oder Initiativen in dem Bereich wahrgenommen. Das heißt, eine Änderung des Gesetzes ergibt nur Sinn, wenn man etwas grundsätzlich und wirklich anderes will als die jetzige, sensible und einzelfallbezogene Lösung. Wenn man das will, dann ergibt es nur einen Sinn, wenn man über die bestehende Größenordnung, die wir jetzt haben, deutlich hinausgehen will. Dann muss man auch sagen, welche Vorstellungen man hat in einer Stadt wie Hamburg. Was ist Ihre Vorstellung, wie viele Bauwagenplätze brauchen wir? Zehn, 20, 30 oder 50? Nur wenn man in solche Dimensionen geht, braucht man ein neues Gesetz. Ich glaube, dass das schwierig ist und dass wir uns mit einer solchen Ausweitung wahrscheinlich mehr Probleme schaffen, als wir lösen können. Deswegen würden wir weiter Bauwagen- und Wohnwagenplätze als alternative Wohnform ermöglichen auf der jetzigen Grundlage, aber eben nicht als Regelwohnform, weil wir das für nicht überzeugend halten.

Zu den Problemen, die wir uns damit schaffen könnten, zählt natürlich, dass wir bei einer deutlichen Ausweitung erhebliche Konflikte vor Ort bekommen werden, wie wir sie in der Vergangenheit auch schon hatten. Diese muss man vermeiden, um die Akzeptanz für die bestehenden Bauwagenplätze oder für einzelne, auch neue Bauwagenplätze zu erhalten. Das ist an dieser Stelle wichtig.

Wir haben natürlich auch das Problem, geeignete Flächen wirklich zu identifizieren. Sie sagen, es müssen dauerhafte Plätze sein, als dauerhafte Wohnform brauchen wir dort dauerhafte Lösungen. Dann müssen das aber Flächen sein, die zum Wohnen geeignet sind. Wenn wir aber solche Flächen in Hamburg haben, dann wollen wir dort Wohnungsbau machen. Das hat Vorrang vor der Ausweisung für Wohnwagenplätze.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich müssen wir auch der Realität ins Auge sehen, dass nämlich die Interessenten, die wir bekommen, wenn wir das Angebot deutlich ausweiten, nicht immer dem sympathischen Bild der Bauwagenbewohner entsprechen, die sich eine frei gewählte, selbst gesuchte Wohnform, wie das bei der Gruppe Zomia der Fall ist, suchen, sondern es wird natürlich auch ganz andere Interessentengruppen geben. Das kann man sich leicht ausmalen und es wird auch sozialpolitische Fragestellungen aufwerfen, die dort existieren, wo es das im großen Umfang gibt. Es gibt Länder, wo das relativ frei möglich ist, wo es große Trailer-Parks, Wohnwagen-Parks gibt und wo das eine etablierte Wohnform für ganze Gruppen und Schichten der Bevölkerung ist. Sie haben nicht das im Kopf, aber Sie müssen das einfach zu Ende denken, wenn Sie sagen, es werde eine Regelwohnform.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Mit Lagerfeuer!)

Das soll es nicht sein, sondern wir sollten auf der Grundlage, die wir haben, einzelfallbezogen und sensibel weiterarbeiten. Wir wollen weiterhin in Fällen, wie wir sie bisher schon erfolgreich umgesetzt haben, und auch in Fällen wie der Bauwagengruppe Zomia, Lösungen suchen und einen Platz für diese Wohnformen in Hamburg einräumen, aber keine Debatte über eine komplette Liberalisierung in diesem Bereich führen, weil das mehr schadet als nützt.

Die FDP überblickt die möglichen Folgen nicht komplett und insofern werden wir diesen Antrag und die weiteren Anträge, die erstaunlicherweise, ausgelöst durch die FDP-Initiative, ganz plötzlich auf die Tagesordnung gekommen sind, ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Danke schön. – Der Abgeordnete Hamann hat das Wort.

Jörg Hamann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Grote, Respekt, das war natürlich keine einfache Situation für Sie, das wissen wir alle. Und ohne ein schon vielfach zitiertes Wort noch einmal zu benutzen,

(Jens Kerstan GAL: Alle haben um den heißen Brei herumgeredet!)

den Preis fürs Rumgeeiern haben Sie heute bekommen.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der LINKEN – Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Wir wissen natürlich alle, dass Ihr Parteifreund – bei Ihnen heißt das Genosse – aus Hamburg-Mitte, Bezirksamtsleiter Schreiber, sich ganz weit aus dem Fenster gehängt und gesagt hat, wir räumen das Ding und das wird schneller geräumt, als es da gestanden hat. Nun steht es schon länger, das gefällt ihm nicht, er versucht natürlich Druck zu machen und Sie versuchen dann alle in Ihrer Fraktion, das zusammenzukneten; das ist dann eben die Last der Regierung. Wir haben heute schon wiederholt von Ihrem Senat gehört, wie sehr man unter dieser Last der Regierung zurzeit leidet und welche Probleme das zur Folge hat. Sie würden wahrscheinlich gerne dem Gesetzesentwurf zustimmen, dürfen es aber parteiintern nicht.

Von daher wäre es eigentlich Aufgabe der Senatorin gewesen, die Sie in diversen Debatten, als sie hier stand und wenig zu sagen wusste, so tapfer verteidigt haben, jetzt Ihnen als Fraktion zur Seite zu springen und zu sagen, ich erkläre Ihnen das, wir machen das so, wir finden eine gute Lösung und dann präsentieren wir das Ergebnis und alle

(Jörg Hamann)

sind damit zufrieden. Das ist doch in etwa der Sprachgebrauch, den wir bisher von der Senatsbank hören, wenn es Probleme gibt. Da könnte sie Ihnen doch jetzt wirklich helfen, Sie haben ihr doch so oft geholfen.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der FDP)

Deshalb hoffe ich, dass die Frau Senatorin die Gelegenheit nutzt und zu dem Thema gleich noch etwas sagt, denn ich habe gehört, dass die Gruppe Zomia, die in Teilen heute in der Zuhörerschaft vertreten ist, auch Sie, Frau Senatorin, eingeladen hat, sich das vor Ort einmal anzuschauen. Ich habe mir die Mühe auch gemacht und muss sagen, die Schrecken hielten sich in der Tat in Grenzen. Man kann sich durchaus vorstellen, dort einen dauerhaften Platz für diese Gruppe zu finden.

Grundlage dafür ist aber

(*Andy Grote SPD*: Das ist abhängig von Ihrer Inspektion!)

– da haben die Kollegen von der FDP völlig recht und das entspricht auch unserem Antrag, Herr Kollege Grote –, dass man sich bemüht, eine ordentliche gesetzliche Grundlage dafür zu finden und alles einfach einmal regelt.

(*Andy Grote SPD*: Haben Sie das zehn Jahre nicht gemacht?)

– Ja, wir haben es zehn Jahre nicht gesagt.

Eine viel klügere Frau, die in dieser Stadt einmal Senatorin war, hat in einer Rede gesagt – das habe ich mir gemerkt –, dass der beste Zeitpunkt zum Anfangen gestern gewesen sei, dass wir den verpasst hätten und dass der zweitbeste heute wäre. Also machen wir es heute, das ist doch eine gute Gelegenheit, regeln wir einfach die Situation.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der FDP)

Es ist vielleicht nicht der beste Moment, der wäre sicherlich schon Ende der Neunzigerjahre gewesen. Da konnten Sie sich parteiintern nicht mit den Grünen einigen, wir haben vorhin schon gemerkt, dass Regieren wohl für Sie immer Qual ist.

(Heiterkeit bei der GAL)

Jetzt haben wir die Gelegenheit, etwas zu machen. Wir haben dazu bestimmte Vorstellungen und die haben wir Ihnen in unserem Antrag mit auf den Weg gegeben. Dann können wir das endlich alles vernünftig regeln und müssen keine Einzelfallentscheidungen pro Nase treffen, nämlich, welcher Bauwagenplatz welchem Bezirksamtsleiter nun warum gefällt oder nicht gefällt, und warum er nun meint, der dürfte dort bleiben und da müsste er weg. Dann haben wir endlich das, was wir in dieser Stadt eigentlich immer und überall anstreben: ein vernünftiges Gesetz. Wir behandeln alle auf gesetzlicher Grundlage, machen das fair und ordent-

lich und dann kommen wir zu einem guten Ergebnis. Insofern sollten Sie sich einen Ruck geben – die Frau Senatorin wird Ihnen vielleicht gleich noch helfen, indem sie ein paar Worte sagt –

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Das glaube ich nicht!)

und einfach den Anträgen zustimmen. Es sind richtige Anträge und es ist eine gute Sache. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Hamann. – Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hamann, in Wirklichkeit ist das alles noch schlimmer. Es darf nicht nur nicht zugestimmt werden, es darf noch nicht einmal überwiesen werden und das ist das bitterste Ergebnis, schon bevor wir mit dieser Debatte zu Ende sind, weil alleine die Beiträge meiner Vorredner bereits deutlich gemacht haben, wie vielfältig die Aspekte sind, die sich um dieses Wohnwagengesetz ranken. Da hat die SPD ihre eigene Geschichte, da haben wir mit der SPD unsere eigene Geschichte, da hat die CDU eine eigene Entwicklungsgeschichte, die ganz wunderbar dargestellt wurde.

(Beifall bei der GAL)

Die FDP hat selbstverständlich auch eine eigene Geschichte, das haben wir schon oft gehört, eine außerparlamentarische, aber auch eine Geschichte, den rechtsstaatlichen Ansatz.

(Heiterkeit bei der GAL)

Wir brauchen dazu eine Debatte im Ausschuss, das ist das einzige, was uns weiterhilft.

(Beifall bei der GAL, der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das jetzt gültige Gesetz hat tatsächlich etwas vom Ausländerrecht. Es ist eher ein Abwehrrecht als eines, das diese Wohnform begrüßt. Es sagt auch eher, dass wir alles verhindern und möglichst schnell wieder beenden müssen, statt zu sagen, dass sich daraus für bestimmte Quartiere, für bestimmte Stadtteile, für bestimmte Flächen etwas entwickeln könnte, die man sonst gar nicht nutzen kann. Diese Debatte müssen wir im Ausschuss führen, meine Damen und Herren, dazu reicht unsere Redezeit nicht aus.

(Beifall bei der GAL und bei *Heike Sudmann* und *Mehmet Yildiz*, beide **DIE LINKE**)

Die SPD sagt aber an dieser Stelle sehr deutlich, wenn auch zugegebenermaßen ein bisschen gequält – da gebe ich Herrn Hamann recht, dass das Herr Grote wahrscheinlich nicht ganz leicht gefallen ist –, sie wolle über dieses Thema gar nicht re-

(Antje Möller)

den. Herr Grote hat gesagt, wenn ich das richtig mitgeschrieben habe, es sei ein hochbrisantes Thema. Was ist an diesem Thema hochbrisant? Sie haben die Antwort darauf nicht gegeben.

(*Andy Grote SPD*: Das merken Sie doch schon an der Debatte!)

Sie haben dann plötzlich von der Bevölkerung gesprochen, die sich dagegen wehren könnte. Wogegen? Dagegen, dass wir ein klares Gesetzeswerk entwickeln, das bestimmte Dinge sachlich-fachlich-rechtlich richtig regelt? Die Bevölkerung wehrt sich, wenn irgendwo ein Kindergarten errichtet werden soll, wenn Sie Ihre vielfältigen Wohnprojekte umsetzen wollen, wenn Gewerbegebiete zu Wohnungsbau umgewandelt werden – ganz egal. Deswegen muss man die Debatte zu diesem Thema führen und genau das verweigern Sie.

Noch einmal: Es gibt keine Ausschussüberweisung für keinen dieser Anträge; Sie könnten sich doch einen aussuchen. Den Antrag, der Ihnen am nächsten ist oder den Sie am besten finden, überweisen Sie. Sie werden sehen, Sie bekommen die Zustimmung des ganzen Hauses.

(Beifall bei der GAL, der CDU, der FDP und der LINKEN)

Da würde ich sogar akzeptieren, dass der GAL-Antrag abgelehnt wird. Natürlich haben wir in Punkt 1 noch einmal darauf verwiesen, warum wir eigentlich einen aktuellen Debattenanlass zu diesem Thema haben. Wir haben nämlich ein aktuelles Begehren einer Gruppe von Menschen, die im Bauwagen leben und in dieser Stadt bleiben wollen und auch am liebsten an dem Platz, der nach monatelanger Suche einvernehmlich als Zwischenlösung gefunden wurde. Das haben wir zu diskutieren und daraus sollte sich eigentlich ganz selbstverständlich eine Debatte um das hamburgische Wohn- und Bauwagengesetz entwickeln.

Dieser Schritt ist ganz leicht und ehe wir in die inhaltlichen Details einsteigen – das will ich gerne in der zweiten Runde tun, wenn kein Signal von der SPD kommt –, bitte ich noch einmal darum, ganz schnell in sich zu gehen und wenigstens einen dieser Anträge zu überweisen, damit wir dann mit dem nötigen Expertinnen- und Expertensachverständigen im Ausschuss zu einem angebrachten rechtskonformen und modernen Bau- und Wohnungsgesetz kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU, der FDP und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Möller. – Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Mit den vorliegenden Anträgen bestünde die Chance, ein für die Stadt

Hamburg wenig rühmliches Kapitel ein für alle Mal zu beenden. Sie haben verschiedene Geschichten erzählt, Frau Möller, aber es gibt vor allem eine Geschichte, nämlich die Geschichte der Bauwagenplätze.

Seit über zwei Jahrzehnten hat sich in Hamburg – das will ich doch kurz in Erinnerung rufen –, wie in vielen anderen Orten der Bundesrepublik Deutschland, eine Bewegung herausgebildet, mal stärker, mal schwächer, die alternative Lebensstile und damit verbunden alternative Wohnformen praktiziert: die Szene der Bauwagenbewohnerinnen und -bewohner. Sie verbinden damit in aller Regel einen sozialen und politischen Anspruch. Sie setzen sich mit der Vereinsamung und Vereinzelung, gerade in der Großstadt, auseinander, mit der Konsumorientierung der Gesellschaft und dem Eingezwängtsein in vorgefertigte Lebensformen. Man muss ihre kritischen Ansätze und ihre Schlussfolgerungen nicht teilen, aber es gibt nicht einen einzigen Grund, ihren alternativen Lebensstil und ihre alternativen Wohnformen nicht zu akzeptieren und zu respektieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch* GAL)

Das Leben auf Bauwagenplätzen muss endlich als eine von vielen möglichen Wohn- und Lebensformen anerkannt werden, und genau darum geht es, Herr Grote.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch* GAL)

So alt wie die Bestrebungen, in Bau- beziehungsweise Wohnwagen zu leben, sind die staatlichen Versuche, diese alternative Lebens- und Wohnform zu unterdrücken. Dieses Streben, alternative Ansätze zu unterdrücken, entspringt autoritären Ordnungsvorstellungen, und diese haben sich in dem alten Wohnwagengesetz von 1959 niedergeschlagen und sind auch aus der Novelle von 1999 nicht getilgt. Dieses Gesetz hat unter anderem die Handhabe für die gewaltsame Räumung des Bauwagenplatzes Bambule geliefert und es liefert die Handhabe für die Räumungsdrohungen gegen den Bauwagenplatz Zomia.

Nun wäre es unseres Erachtens am besten, man könnte dieses ganze unselige Hamburger Wohnungsgesetz ersatzlos streichen. Eine ersatzlose Streichung wirft jedoch Probleme auf, wie ein Blick auf die Rechtsprechung, beispielsweise des Oberverwaltungsgerichts Berlin, zeigt. Danach sind nämlich Bauwagenplätze grundsätzlich illegal, weil sie mit dem Bauplanungsrecht nicht zu vereinbaren sind. Selbst wenn sie von der Stadt geduldet werden – sie wären immer von der Duldung abhängig –, können sie von Nachbarschaften, ohne dass es einen Konflikt mit der Stadt gibt, weggeklagt werden, wie die Praxis in Berlin zeigt. Ein Argument ist zum Beispiel, dass jemand investieren

(Christiane Schneider)

will, ein Bauwagen die Grundstücke aber entwertet und es sich dann nicht lohnt.

Deswegen wäre eine Reform des Bauplanungsrechts notwendig. Diese steht aber nicht in unserer Macht und deshalb schlagen wir eine Änderung des Hamburger Wohnwagengesetzes vor. Es ist zweifellos ein Verdienst der FDP, dass sie die Novellierung des Gesetzes überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt hat. Ihr Antrag ist uns jedoch mit einer zu heißen Nadel gestrickt und zu wenig weitreichend. Das nach Ihrem Vorschlag geänderte Wohnwagengesetz bliebe nämlich restriktiv.

Mir ist völlig unbegreiflich, wie Sie einerseits sagen, dass diese Wohnform anerkannt werden müsse, andererseits aber dann dafür eintreten, dass die Unverletzlichkeit der Wohnung für diese Wohnform eingeschränkt ist. In Paragraph 7 des Wohnwagengesetzes steht nämlich ausdrücklich, dass für Bauwagenplätze die Unverletzlichkeit der Wohnung nur eingeschränkt gilt. Es ist uns unbegreiflich, warum Sie zum Beispiel diesen Passus nicht gestrichen haben wollen; das ist in unserem Antrag anders.

Weil Sie zu viel restriktive Regelungen einfach drin behalten, weil Sie das Gesetz nicht von vorne bis hinten durchgelesen und durchgearbeitet haben, sondern einfach etwas ändern wollten, haben wir einen Zusatzantrag gemacht, der das Gesetz so weit wie möglich von den Regelungen befreit, die einen autoritären Geist ausströmen und die alternativen Wohn- und Lebensformen des Bauwagenplatzes einengen.

Für mich ganz erstaunlich ist, dass die CDU sich deutlich bewegt hat.

(Beifall bei *Antje Möller GAL*)

Immerhin erkennt sie – man höre und staune, ich komme aus dem Staunen gar nicht mehr heraus, nachdem ich Sie gehört habe, Herr Hamann – die alternative Wohnform des Wohnens in Bauwagen an. Welch ein Schritt von der Räumung von Bambule bis zu diesem Zusatzantrag.

(Beifall bei der GAL und bei *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

Sie haben recht, der bessere Zeitpunkt wäre gestern gewesen, aber heute ist auch noch ein guter Zeitpunkt. Wir werden Ihrem Antrag übrigens, wenn unserer abgelehnt wird, auch zustimmen.

Die GAL hat ebenfalls einen Antrag gestellt, der etwas schwächlich ist und mit noch heißerer Nadel gestrickt ist als bei der FDP. Wir werden aber auch diesem Antrag zustimmen, wenn es zur Abstimmung kommt. Wir treten aber dafür ein, dass alle vorliegenden Anträge an den Ausschuss überwiesen werden, damit wir das, was angesprochen wurde – und das war eine ganze Menge –, in Ruhe diskutieren können.

Und – Frau Möller hat es angesprochen, ich will es auch ansprechen – was macht die SPD, kaum dass sie von der Opposition zur Mehrheitspartei wurde? Fast schon fassungslos haben wir vernommen, dass die SPD die Überweisung und damit überhaupt eine Diskussion verweigert. Wir erinnern uns gut an die Regierungserklärung des Bürgermeisters, in der er versprach, dass sachliche Argumente der Opposition beim Senat auf offene Ohren stoßen.

(*Jan Quast SPD*: Wir sind aber nicht der Senat!)

Das mit den offenen Ohren stimmt: Da geht's rein und da geht's raus. Dass sich die SPD selbst der weiteren Diskussion verweigert, ist nichts als die nackte Arroganz der Macht.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und einzeln bei der GAL)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Das Wort hat Frau Suding.

Katja Suding FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Grote, es geht in der Tat nicht um ein Massenphänomen;

(*Andy Grote SPD*: Bisher nicht!)

das wird das Wohnen in Bauwagen wahrscheinlich nie werden. Aber das ist doch gar kein Grund, nur weil wir über kleine Fallzahlen reden, die rechtsstaatlichen Grundlagen zu verlassen und das auch noch ganz bewusst. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der FDP und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Wenn sich Bauwagenbewohner, Grundeigentümer und die Stadt einig sind, warum sollte man dann per Gesetz verbieten, in einem solchen Bauwagen zu leben? Das ist absurd.

(Beifall bei der FDP, der GAL und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Liebe Kollegen von der SPD, gehen Sie doch einmal in sich, begrenzen Sie den Schaden für die gesamte Bürgerschaft und stimmen Sie zumindest der Überweisung der Anträge an den Ausschuss zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der GAL und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Suding. – Das Wort hat Herr Grote.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Andy Grote)

(Dietrich Wersich CDU: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Es ist schon erstaunlich, wie der eine oder andere sich positioniert und was man zu hören bekommt. Das habe ich sehr genossen und interessiert zur Kenntnis genommen. Um eines ganz klar zu sagen: Natürlich verweigern wir uns keiner Diskussion. Wir werden im nächsten Stadtentwicklungsausschuss

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP)

genau über dieses Thema sprechen, weil wir nämlich den Antrag der GAL an den Ausschuss überwiesen haben. Dass wir, nachdem wirklich zehn Jahre lang keiner den Bedarf für eine Gesetzesnovelle gesehen hat,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Doch!)

nun aufgrund der Initiative der FDP plötzlich, weil keiner sich als Wohnwagenfreund überholen lassen möchte, vier fast gleichlautende Anträge haben, nun dringend das Gesetz zu novellieren, das glauben Sie nicht ernsthaft.

Ich will gar nicht ausschließen, dass man sich auch die gesetzliche Grundlage irgendwann noch einmal anschauen und die Erfahrungen auswerten kann. Aber im Moment haben wir ein ganz anderes Problem. Wir haben einen konkreten Fall zu lösen, wir haben einen konkreten Platz zu suchen für eine Bauwagengruppe und wenn es die nicht gäbe, gäbe es die ganze Diskussion nicht.

(Dietrich Wersich CDU: Aber wir haben doch keine Rechtslage!)

Das muss im Vordergrund stehen und dafür brauchen wir eine Lösung. Und für diese offene Frage habe ich noch von keinem von Ihnen irgendeinen Vorschlag oder irgendeine Antwort gehört. Das hätte mich heute gefreut.

(Beifall bei der SPD)

Wir suchen diese Lösung.

(Dietrich Wersich CDU: Herr Schreiber auch?)

Wir suchen sie sehr ernsthaft, mit sehr vielen Beteiligten auf allen Ebenen in der Hamburger Verwaltung und in der Politik und es hat selten so viele Beteiligte gegeben, die sich um ein Problem einer Gruppe von 15 Menschen so intensiv kümmern, mit Recht.

(Jörg Hamann CDU: Bla, bla, bla!)

Das wird auch Erfolg haben, machen Sie sich da keine Sorgen. Für das Problem, was Sie in der letzten Legislaturperiode auch nicht gelöst haben, Frau Möller, haben wir ein Provisorium gefunden. Jetzt wollen wir aus dem Provisorium eine perspektivische, stabilere Lösung machen. Das ist un-

ser Anliegen und da würde ich mir Ihre Unterstützung wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dieses Problem natürlich, wenn wir es im Ausschuss haben – das ist doch völlig klar, dafür werden Sie schon sorgen –, in ausreichender Breite diskutieren. Niemand will dieser Diskussion ausweichen, die muss und wird es auch geben, das ist völlig in Ordnung. Wir werden die Diskussion im Ausschuss haben.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Was spricht denn gegen die Überweisung?)

Darüber hinaus bin ich natürlich auch berührt über die Sorge und das Mitgefühl, die Sie mit unserer Fraktion und mit mir zum Teil haben hinsichtlich dessen, wie schwierig es für uns ist, diese Positionen unter einen Hut zu bringen. Wenn ich mir das anschau, dann ist unsere Position deutlich geschlossener und konsistenter als die der anderen Beteiligten. Und die Partei, die in allererster Linie Hilfe braucht, um eine geschlossene und vernünftige Position zu finden, ist die CDU, denn das, was Sie veranstalten,

(Beifall bei Frank Wiesner SPD)

ist nun wirklich das Absurdeste von allem. Sie haben sich im Bezirk für die Bauwagen ausgesprochen, dann haben Sie vor drei Wochen in der Bürgerschaft eine flammende Rede gegen die Duldung des Bauwagenplatzes Zomia gehalten, Herr Vormizee. Jetzt bringen Sie einen Antrag ein und sagen, dass das alles auf eine breitere Grundlage gestellt werden müsse. Nun haben Sie sich wieder völlig anders positioniert.

(Hans-Detlef Roock CDU: Richtig! Ist doch richtig! – Dirk Kienscherf SPD: Natürlich haben Sie das gemacht!)

Als wir die jetzige Fassung dieses Wohnwagengesetzes 1999 das letzte Mal diskutiert haben, vielleicht erinnern Sie sich daran, hat der Kollege Hesse – insofern wäre es schön gewesen, wenn er sich zu Wort gemeldet hätte – zu dem damaligen Gesetz von Rot-Grün Folgendes gesagt:

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist aber schon ganz lange her! – Heiterkeit bei der SPD)

"Mit Ihrem Gesetzesvorschlag zum neuen Wohnwagengesetz lassen Sie es zu, dass viele Menschen weiterhin in Behausungen leben, die zum größten Teil menschenunwürdige Zustände aufweisen, in denen die Gefahr von Krankheiten besteht und deren Grundversorgung nicht gewährleistet ist. [Deshalb] (...) sollte es keine rotgrün initiierte Gettoisierung in dieser Form geben. (...) Durch zuviel Toleranz und Ignoranz wird das

(Andy Grote)

Bauwagenproblem ausufern, und Getto-stadtteile werden entstehen.

(...) Gewalt, Drogenhandel, Behinderungen polizeilicher Ermittlungen dürfen nicht erneut (...) belohnt werden."

(Beifall bei der SPD und bei *Katharina Fegebank GAL*)

Das war die Haltung der ach so liberalen CDU in dieser Frage. Nach 12 Jahren kann man nun feststellen – Herr Hesse, ich kann Sie beruhigen –, dass sich Ihre Befürchtungen alle nicht bewährt haben. Das Wohnwagenesetz, was Sie damals verteuert und diffamiert haben, hat sich als ordentliche Grundlage erwiesen. Aber dass Sie nun sagen, alles sei viel zu restriktiv und wir müssten das ausweiten, ein paar Wochen, nachdem Sie nicht mehr regieren, ist eine Haltung, von der ich nicht weiß, wem Sie die überhaupt erklären wollen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Grote. – Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Grote, das war eine sehr besondere Einlage, aber Sie haben vielleicht gemerkt, dass Sie die einzige Fraktion sind, vielleicht sogar die einzige Person, die sich nicht weiterentwickelt hat.

(Beifall bei der GAL, der CDU, der FDP und der LINKEN)

Sie sind stehen geblieben.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Aber Sie haben sich in den letzten drei Monaten erstaunlich entwickelt! – *Andy Grote SPD:* Bis vor zwei Wochen hatten Sie diese Initiative auch noch nicht!)

Bei den Debatten, die damals mit dem Kollegen Bausenator Wagner geführt worden sind – ob Sie nun Herrn Hesse von früher zitieren, den Kollegen Wagner oder andere –, war eines identisch: Ihre Vision zu Bauwagen. Wir sind 12 Jahre weiter und befinden uns in einer stadtpolitischen Debatte, die erkannt hat, dass das Wohnen vielfältigere Formen hat, als die SPD es sich jemals vorstellen wird.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der LINKEN)

Was der Anlass dieser Debatte ist und warum wir nicht schon in den letzten drei Jahren an das Bauwagenesetz herangegangen sind, sage ich Ihnen. Es gibt eine sich rasant entwickelnde Debatte im Bereich der Stadtentwicklungspolitik, wie sie aussehen soll, wo man Platz für Zwischennutzungen braucht, für Kultur, für Sport, für andere Wohnformen,

(*Andy Grote SPD:* Die gab es in den letzten drei Jahren nicht, Frau Möller?)

für das Leben und die Vielfalt des Lebens an sich in dieser Stadt.

Im November ist die schwarz-grüne Koalition plötzlich in die Situation gekommen, auf eine Aufforderung einer kleinen Gruppe von Menschen zu reagieren. Da ist es tatsächlich mithilfe auch der SPD gelungen, zumindest der Kolleginnen und Kollegen vor Ort, zu einer Lösung zu kommen. Man hat miteinander gesprochen; die bezirklichen und die behördlichen Ebenen haben miteinander gesprochen.

(*Andy Grote SPD:* Und das wird auch weiterhin so sein!)

– Nein, Herr Grote, das tun sie nicht mehr, Sie haben diesen Weg verlassen. Sie haben mit einem Kreis geredet, in den die Runde der Bauwagenbewohnerinnen und -bewohner nicht einbezogen war. Noch vor 14 Tagen haben Sie vehement bestätigt, dass der Stadtentwicklungsausschuss die Entscheidung treffen und mit allen reden werde.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Ach, Frau Möller, Ihre Schwarz-Weiß-Malerei bringt uns nicht weiter!)

Sie erinnern sich vielleicht an die Debatte.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Wir haben gesagt, wir werden vorher nicht räumen!)

Sie hatten vielleicht die "Bild"-Zeitung dabei, denn die "Bild"-Zeitung hat heute berichtet, es gäbe einen Geheimplan und einen Vorschlag.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Ist doch die Unwahrheit!)

Aber Sie verlassen den vereinbarten Weg, der in den letzten Monaten dazu geführt hat, dass die Debatte zum Thema Wohnen in Bauwagen – ist das nun eine alternative Form oder das Schreckgespenst, das die SPD noch einmal so schön skizziert hat – sich so verändert hat, dass wir zum ersten Mal seit vielen Jahren einvernehmlich die Chance hätten, und zwar nicht gegen den Bürger- und Bürgerinnenwillen, denn in Wilhelmsburg gibt es vor Ort keinen Widerstand gegen diesen Platz,

(*Andy Grote SPD:* Wann waren Sie denn da zuletzt?)

eine Lösung für die Bauwagengruppe, die aktuell einen Platz braucht, zu finden und auch das Gesetz, das einer dringenden Novellierung bedarf, zu ändern.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN, vereinzelt bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Möller. – Das Wort hat Herr Grote.

Andy Grote SPD:* Frau Möller, bei aller Freundschaft, beim letzten Mal haben Sie eine sehr sachliche, ernsthafte und auf das konkrete Problem bezogene Rede gehalten.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das stimmt! Muss man mal sagen!)

Wir haben letztes Mal eine Position gefunden, diese Position haben aber nicht wir verlassen, sondern Sie, Frau Möller. Wir haben beim letzten Mal über Ihren Antrag und über die Frage gesprochen, wie es mit der Bauwagengruppe Zomia weitergehe und wie eine politische Lösung aussähe. Wir haben gesagt, dass wir dieses Problem lösen wollen, und weil wir es in dem Moment nicht lösen konnten, wollen wir Ihren Antrag an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Genau!)

um ein Zeitfenster zu öffnen, eine politische Lösung zu suchen. Und in dieser Zeit werden vor Ort keine Fakten geschaffen. Das war die politische Verabredung und die wird 1:1 eingehalten. Wir suchen nach der Lösung und werden diese mit hoher Wahrscheinlichkeit finden. Wir werden das auch bis zur Ausschusssitzung gelöst bekommen müssen. In der Zeit werden vor Ort keine vollendeten Tatsachen geschaffen, es wird nichts im Hinblick auf eine Räumung unternommen.

Sie zetteln jetzt eine ganz neue Debatte an, die noch nicht einmal Ihnen eingefallen ist, sondern der FDP.

(*Antje Möller GAL:* Macht nichts!)

Und Sie haben jetzt das Gefühl, dass es nicht sein kann, dass die FDP Sie in der Bauwagenszene überholt, Sie müssten auch einmal das Thema Wohnwagengesetz thematisieren. Das haben Sie in den letzten zehn Jahren nicht gemacht und das haben Sie in den letzten drei Jahren in der Regierungsverantwortung nicht gemacht. Haben Sie da nichts mitbekommen von den Dingen, die sich in der Stadtentwicklung tun,

(*Farid Müller GAL:* Was ist das denn für eine Logik?)

von der Vielfalt, von den bunten Szenen? Das haben Sie uns doch hundert Mal vorgetragen.

(*Jens Kerstan GAL:* Wo ist das Problem, was zu machen?)

– Es gibt kein Problem, das dazu führen muss, das Wohnwagengesetz jetzt anzufassen, und Sie wissen das in Wahrheit genau, denn sonst hätten Sie es natürlich schon vor drei Jahren, vor drei Monaten oder spätestens vor drei Wochen hier eingebracht. Das haben Sie nicht und insofern ist es schlicht unseriös, das an dieser Stelle so aufzublasen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Grote. – Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Grote, allein die Tatsache, dass es eine neue Bauwagengruppe gibt, sollte doch die Bürgerschaft dazu führen, zu überlegen, ob es nicht wirklich an der Zeit ist, diese Wohnform rechtlich anzuerkennen. Es gibt tatsächlich einen Grund und der Grund sitzt jetzt da oben.

Sie wollen aber nicht überweisen und das verstehe ich nicht. Ich kann mich an Tausende von Gesprächen erinnern, als Sie in der Opposition waren, wie Sie es kritisiert haben, dass die CDU, dann auch mithilfe der GAL, Überweisungsanträge abgelehnt hat. Und jetzt können wir weiter in der Bürgerschaft über die Frage der Anerkennung dieser Wohnform diskutieren oder nicht, und Sie sagen einfach nein. Ich wiederhole mich: Das ist wirklich die Arroganz der Macht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Antje Möller GAL*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/411, 20/527, 20/528 und 20/529 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/527.

Wer möchte diesen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit abgelehnt.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/528.

Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag auch abgelehnt worden.

Weiter mit dem Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 20/529.

Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist auch abgelehnt worden.

Schließlich zum Antrag der FDP-Fraktion aus der Drucksache 20/411.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser auch abgelehnt worden.